

Hintergrund zur Resolution:

Die Bundespartei erarbeitet ein neues Grundsatzprogramm. Dazu wurde das „Jahr der Fragen“ ausgerufen. Wir haben mit unserer Veranstaltung wichtige Fragen zum Zukunft der Wirtschaft und sozialen Marktwirtschaft identifiziert, diese sind in dieser Resolution zusammengefasst. Wenn die Kreismitgliederversammlung dieser Resolution zustimmt, werden wir diese gemeinsam mit einer Fotoreportage der Veranstaltung nach Berlin schicken.

Resolution:

Die Wirtschaft der Zukunft wird sich in vielerlei Hinsicht wandeln. Vieles was uns Zuversicht gibt, wie ein zukunftsfester Arbeitsplatz, werden in Frage gestellt. Die *Soziale Frage* wird neu gestellt werden und unsere soziale Marktwirtschaft damit vor große Herausforderungen stellen. Und nicht zuletzt entscheidet die Wirtschaft der Zukunft über das Überleben unseres Planeten.

Die Frage der Nachhaltigkeit

Für uns GRÜNE ist es kein Geheimnis, wir leben mit unserer Wirtschaft über unsere Verhältnisse. Auch wenn es im ersten Moment den Anschein hat, dass unsere Gesellschaft noch nicht so wohlhabend war, so trägt der Schein. Wir beuten unsere Umwelt schneller aus als diese sich erholen kann und zerstören damit unsere Lebensgrundlage. Somit ist unser Wohlstand auf tönernen Füßen gebaut, deren Last immer schneller und stärker wächst. Die Wirtschaft der Zukunft muss daher einen entscheidenden Beitrag zum Thema Nachhaltigkeit leisten.

Hauptgrund für die Entwicklung der letzten Jahrzehnte: Die Preise unserer Güter spiegeln nicht die wahren Preise wieder. Wenn wir eine Jeans kaufen, das Auto volltanken oder ein Kilo Fleisch kaufen, bezahlen wir vor allem die Kosten der Herstellung. Wir bezahlen aber nicht den Schaden, welchen wir der Umwelt damit zufügen. Daher müssen wir Instrumente finden, welche diesen Preis korrigieren. Klare Regeln in der Chemieindustrie, ein funktionierender CO₂ Emissionshandel oder Gebühren für die Überdüngung der Felder können hier gute Instrumente sein. Wenn wir die Wirtschaft durch einen klaren Rahmen auf die richtige Spur setzen, können wir gleichzeitig eine nachhaltige Wirtschaft entwickeln ohne bei den Bürger*innen selbst Verbote aussprechen zu müssen. Es ist klar, dass hier auch Zielkonflikte mit der Wirtschaft entstehen werden, aber als Partei werden wir die Überzeugungskraft haben, um das auch aushalten zu können. Ein Beispiel ist das Erneuerbaren Energiengesetz. Wir haben gegen viele Widerstände dieses Instrument auf den Weg gebracht, welches (bevor es von den nachfolgenden Regierungen zerstückelt wurde), einen wertvollen Beitrag zur Förderung nachhaltiger Energie.

Aber auch die Menge an Müll den wir produzieren müssen wir überdenken. Dies gilt insbesondere für technische Geräte, welche unter hohem Energieaufwand bei der Gewinnung der Rohstoffe und in der Produktion selbst entstehen. Wir müssen hinterfragen, ob es tatsächlich im Sinne unserer Gesellschaft ist, wenn die Garantiezeiten nur zwei Jahre betragen, oder ob das eher im Sinne einzelner Unternehmen ist. Gleichzeitig können Konzepte wie Cradle to Cradle ein gutes Konzept in bestimmten Bereichen sein.

Die Frage der sozialen Marktwirtschaft

Die fortschreitende Digitalisierung verunsichert. Sie verunsichert vor allem viele Arbeiter die Angst um ihren Arbeitsplatz haben. Während es so viele Vorhersagen über die möglichen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt gibt wie es auch Studien gibt, klingen die drastischsten Vorhersagen dennoch am stärksten bei den Menschen nach – auch wenn viele Studien sehr positive sind. Nun ist aber klar, dass die Menschen gesellschaftliche Teilhabe und Selbständigkeit dann erfahren, wenn sie in guter Arbeit sind. Mit der Digitalisierung spüren diese aber, dass feste Anstellungen in Gefahr sein könnten und befürchten in schlecht bezahlte und befristete Arbeitsverhältnisse abzurutschen. Dies birgt sozialen Sprengstoff. Hier müssen wir unsere sozialen Sicherheitsnetze anpassen und vor allem das Vertrauen darin wieder stärken, damit wir als Gesellschaft wieder zuversichtlich in die Zukunft schauen können. Denn die Digitalisierung bietet viele Chancen. So können wir die feste Wochenarbeitszeit zugunsten eines flexibleren Modells weiterentwickeln, die Digitalisierung ermöglicht die notwendige Koordination. Hier kann zum Beispiel eine Arbeitszeittarifrunde helfen. Wir sollten vor allem die junge Generation einbinden, damit diese in die neuen Berufsbilder schlüpfen können und so die traditionellen Arbeitsplätze der älteren Generation überlässt, denn hier sind die persönlichen Widerstände größer. Und wo der Wunsch da ist, müssen wir auch Menschen die Gelegenheit geben, ihre Berufsbilder zu verändern. Hier sollten zum Beispiel die Berufsschulen weiter geöffnet werden.

Gleichzeitig muss der Staat mit einer aktiveren Industriepolitik stärker diese Entwicklung steuern. Wir wollen nachhaltige und gute Arbeitsplätze, welche allen offenstehen. Was wir nicht wollen sind Click-Worker welche ohne Arbeitsvertrag jeden Tag auf neue, schlecht bezahlte Aufträge hoffen müssen. Unternehmen, welche Leiharbeit und befristet Arbeitsverträge nutzen, trotzen ihren Arbeitskräften ein hohes Maß an Flexibilität ab, bei oft gleichwertiger Arbeitsleistung wie es die unbefristet Angestellten leisten. Wir müssen hinterfragen, ob ein höheres Maß an Flexibilität tatsächlich zu einem schlechteren Lohn führen sollte, oder ob hier nicht ein Flexibilitätsaufschlag notwendig ist. Das Instrument der Tarifbindung muss weiterentwickelt werden, damit die wachsende Anzahl an Selbständigen im Bereich der Plattformökonomie davon erfasst werden. Und wir sollten uns schlussendlich überlegen, ob nicht ein neuer Generationenvertrag notwendig wird, um auf die neuen Herausforderungen zu reagieren. Dahinter steht schlussendlich auch die Notwendigkeit, am Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu arbeiten. Die Digitalisierung bietet die Gefahr einer Gesellschaft der zwei Gesichter mit Gewinnern und Verlierern. Um dem entgegenzusteuern, müssen wir den gesellschaftlichen Austausch stärken und Solidarität fördern. Dazu gilt zum Beispiel auch in den Städten für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, damit alle Teile der Bevölkerung an der Digitalisierung partizipieren können, und nicht nur die Reichen sich ihren optimalen Wohnort aussuchen können.

Für den Kreisvorstand
Jonathan Eklund